

Die Geschichte ostmitteleuropäischer, zumeist multiethnischer Städte seit dem 19. Jh. bedarf in vielerlei Hinsicht noch der Aufarbeitung. Dies gilt vor allem für die nichthauptstädtischen Großstädte und regionalen Metropolen. Liegen hierzu zumeist ältere Darstellungen mit einem rein politisch-administrativen Fokus vor, so fehlt die Auseinandersetzung mit den Themen Multiethnizität auf der einen und Modernisierung auf der anderen Seite. Für die Geschichte Krakaus seit dem 19. Jh. gelten alle hier angerissenen Desiderate: Im Gegensatz zu Warschau ist Krakau in der stadt- und auch sozialhistorischen Forschung aus dem Blick geraten, während Ansätze, die Krakau als „geistige Hauptstadt“ Polens im Sinne der *Invention of Tradition* behandeln, erst neueren Datums sind; ebenso fehlt aber auch eine moderne politische Geschichte der Stadt seit dem 19. Jh.

Hier setzt die vorliegende in stadthistorischer Beziehung sehr detailreiche Monographie an, die im Rahmen des Forschungsprojekts „Kulturelle Pluralität, nationale Identität und Modernisierung in ostmitteleuropäischen Metropolen 1900-1930“ am Leipziger GWZO entstanden ist. Von einem verwaltungshistorischen Ansatz ausgehend und kulturwissenschaftliche und sozialgeschichtliche Konzepte miteinander verbindend, analysiert Hanna Kozłowska-Witt zunächst die Rechtslage und das Selbstverständnis der kommunalen Selbstverwaltung in Krakau sowie dessen Statuten und Wahlordnungen bis zum Ende der Zweiten Republik. Darauf aufbauend werden die Stadtentwicklungskonzepte, die die Stadt vom Erinnerungsort zu einem touristischen Zentrum werden ließen, die Rolle Krakaus als geistige Hauptstadt, in der zentrale nationale Rituale stattfanden, und schließlich die städtische Presse als Reflektor der ‚veröffentlichten Meinung‘ – immer vor der Folie der Dominanz Warschaus – diskutiert. Die Vf.in kommt abschließend zu dem Ergebnis, dass die Charakterisierung Krakaus als „geistige Hauptstadt“ für das 19. Jh. ihre Berechtigung in Hinblick auf seine Beziehungen zu den anderen „polnischen Hauptstädten“ gehabt habe, aber der Begriff in Folge der historischen Entwicklungen inhaltlich so verändert worden sei, dass Krakau im Vergleich mit der modernen Hauptstadt Warschau als „altherwürdige, traditionsreiche“ Stadt mit staatstragender Funktion stilisiert worden sei.

Insgesamt ist die Studie trotz einiger Ungenauigkeiten im Detail sehr kenntnisreich, lässt allerdings einige wesentliche Fragen offen: Weil die Vf.in einen „anationalen Ansatz ausprobieren“ (S. 17) möchte und daher die Nationalitätenproblematik und die Virulenz des Nationalismus weitgehend ausblendet, will sie die „ganze Stadt“ (ebd.) erfassen und nicht eine „Kategorie der städtischen Einwohner besonders herausheben“ (ebd.) – aber gerade deswegen wirkt die Untersuchung auf die polnische Nationalität fokussiert, insbesondere durch die Analyse Krakaus als nationaler Erinnerungsort. Sie klammert so die nationale Problematik bewusst aus, die aber durchaus als wichtiger Motor für Modernisierungsprozesse in multiethnischen Städten zu sehen ist, weil sie in zentraler Weise das städtische Leben beeinflusste, auch wenn die kommunale Selbstverwaltung sich – in einem theoretischen, zunächst als technokratisch zu sehenden Verständnis – als anational und vor allem an den ökonomischen Interessen der Stadt ausgerichtet sah. Dieser Ansatz bedeutet, dass die jüdische Bevölkerung – immerhin rund ein Drittel der Einwohner Krakaus – nicht berücksichtigt wird, obwohl ihre besondere Lage, bis hin zur Rolle des jüdischen Viertels Kazimierz für die sozialhistorische Entwicklung und für das nationale Gedächtnis, eine durchaus interessante innerstädtische Vergleichsfolie geboten hätte. Auch wenn die Untersuchung das Desiderat einer die verschiedenen ethnischen Gruppen (Polen, Juden, aber auch Ukrainer) integrierenden Krakauer Stadtgeschichte des 19. und 20. Jh.s nicht einlöst, so ist ihr doch zu wünschen, dass sie als Anregung für weitere Studien zu den Städten Ostmitteleuropas dienen wird.

Marburg/Lahn

Heidi Hein-Kircher

Agnieszka Chmielewska: W służbie państwa, społeczeństwa i narodu. „Państwotwórczy“ artyści plastycy w II Rzeczypospolitej. [Im Dienste des Staates, der Gesellschaft

und der Nation. Die „staatschaffenden“ bildenden Künstler in der Zweiten Republik.] Wydawnictwo IFiS PAN. Warszawa 2006. 266 S.

Anders als im politischen Raum kam es in der ersten Hälfte des 20. Jh.s in der Kunst nirgends zu einer Revolution, denn die Avantgardekunst war für die weniger gebildete Bevölkerungsmehrheit hinsichtlich Inhalt und Formen oft unverständlich. Zugleich war sie staatlicherseits schwer zu kontrollieren, so dass sie für die Machthaber nicht interessant war und für propagandistische Zwecke nicht genutzt wurde. Im Gegensatz dazu bot sich der Realismus an: Durch ihn sollten die Erziehungsziele sowie die gesellschaftlich-ideologischen Ziele allgemein vermittelt werden und zugleich die Gesellschaft an die Werte der Kunst gewöhnt werden. Die allgemein als elitär und intellektuell geltende Kunst sollte aus ihrer Nische geholt werden, wozu sich der Realismus als verpflichtender Stil anbot, weil er für alle verständlich war. Die Anfänge der Massenpolitik und -mobilisierung sind daher auch im Zusammenhang mit dem staatlichen Mäzenatentum zu sehen. Es zielte darauf ab, die Möglichkeiten der Kunst für die moderne Gesellschaft zu nutzen: Sowohl totalitäre als auch demokratische Staaten sahen allgemein die Notwendigkeit, diese Kunstrichtung zu verbreiten und sie an die Bedürfnisse der Massengesellschaft anzupassen.

Der Realismus war als Monumentalkunst, als totalitäre Kunst im Sinne der emotionalen Mobilisierung und Manipulation der Massen und als Teil der Propaganda überall anzutreffen. Er prägte in der Zwischenkriegszeit den öffentlichen Raum, etwa eingesetzt zur Dekoration von Regierungsgebäuden oder bei Denkmälern. Hierbei wurde er mit verschiedenen ideologischen, d.h. nationalen, staatsbezogenen bzw. sozialistischen Konnotationen belegt, so dass er den verschiedenen Öffentlichkeiten jeweils als eine „genuine“ Form präsentiert wurde. In Polen beispielsweise diente diese Kunstrichtung grundsätzlich zur kulturellen Vereinheitlichung des wiedererrichteten Staates, wobei zwischen den politischen Lagern durchaus unterschiedliche Ansichten über die Rolle der Kunst im öffentlichen Raum bestanden.

Während die Kunstschaaffenden bzw. die hinter ihnen stehenden Ideologien in totalitären Staaten unter verschiedenen Gesichtspunkten in der kulturwissenschaftlichen Forschung thematisiert worden sind und aus kunsthistorischer Sicht eher die Avantgardekunst im Mittelpunkt des Interesses steht, fehlen zu den Künstlern des Realismus in den autoritären Staaten bislang tiefer gehende soziologische und kulturhistorische Studien.

Dieses Desiderat greift in ihrer vorliegenden Dissertation die Warschauer Kunsthistorikerin und Soziologin Agnieszka Chmielewska auf, indem sie die Programme der „staatschaffenden“ (*państwotwórcze*) Künstler der zweiten Polnischen Republik und deren „nationalen Stil“ untersucht. Die im Deutschen etwas hölzern klingende Übersetzung des Begriffs macht deutlich, worum es den bildenden Künstlern bzw. den Vertretern einer „offiziell“ geförderten Kunstrichtung ging: Die staatstragenden Künstler versuchten, den wiedererrichteten Staat zu legitimieren, zu fördern und während der Diktatur Piłsudskis auf ihre spezielle Art dem Regime auch eine künstlerische Grundlage zu geben, also letztlich die Staatsideologie in die Kunst umzusetzen und zu untermauern. Ein Verdienst der Studie ist es, dass sie die „staatschaffenden“ Künstler in eine transnationale Perspektive setzt, indem die Vf.in die allgemeinen kulturellen und sozialen Kontexte der Zwischenkriegszeit vor dem Hintergrund eines Vergleichs der Bedingungen für Künstler in der UdSSR, in Deutschland und Italien mit denen in den USA darstellt und das Spezifische der Situation von Kunstschaaffenden herausarbeitet. In den zwei Hauptkapiteln stellt sie jedoch eher enumerativ bzw. deskriptiv die wichtigsten Künstler und ihre Institute sowie ihre Vorbilder und ideologischen Grundlagen vor. Sie kommt zu dem Schluss, dass die „staatschaffenden“ Künstler sich einerseits für eine zu modernisierende Gesellschaft engagierten und sich in den Dienst des Staates stellten, dass sie andererseits mit ihrer Kunst eine Antwort auf die drängendsten Probleme der Kunst und Kultur der Zwischenkriegszeit suchten und fanden. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es der Vf.in in ihrer insgesamt überzeugenden Studie gelingt, diese bislang wenig beachtete Strömung in die politischen, sozialen und kulturellen Kontexte Polens einzuordnen und

damit auch einen Beitrag zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte der Zweiten Republik zu leisten.

Marburg/Lahn

Heidi Hein-Kircher

Wojciech Skóra: Służba konsularna Drugiej Rzeczypospolitej. Organizacja, kadry i działalność. [Der konsularische Dienst der Zweiten Republik. Organisation, Kader und Tätigkeit.] Wydawnictwo Adam Marszałek. Toruń 2006. 953 S., engl. Zusfass.

Wojciech Skóra: Placówka w Chojnicach. Z działalności wywiadu polskiego na Pomorzu Zachodnim w dwudziestolecu międzywojennym. [Die Vertretung in Konitz. Aus der Tätigkeit der polnischen Spionage in Pommern in der Zwischenkriegszeit.] (Biblioteka Chojnicka, Bd. 9). Europejskie Stowarzyszenie „Pomerania“. Słupsk – Chojnice 2006. 247 S.

In seiner 2006 in Thorn erschienenen Habilitationsschrift behandelt Wojciech Skóra mit dem konsularischen Dienst ein Kapitel der Außenbeziehungen der Zweiten Polnischen Republik (1918-1939), das bisher im Gegensatz zur Tätigkeit der Diplomaten nicht zusammenhängend betrachtet worden ist. Während Letztere im Ausland den Staat als „Ganzes“ vertraten, widmeten sich die Konsuln eher den praktischen Geschäften des Alltags, die aber durchaus vielschichtig sein konnten, wie S. in seiner detaillierten Studie zeigt und durch die Bezeichnung der Konsulate als „Miniaturen der Landesverwaltung“ zum Ausdruck bringt. Dabei unterscheidet er prinzipiell zwischen öffentlichen und nicht-öffentlichen Aufgaben dieser Einrichtungen. Während zu den Ersteren die administrativ rechtliche Aufsicht über die polnischen Bürger, der Schutz der polnischen wirtschaftlichen Interessen und die Visaerteilung für Ausländer gehörten, zählten zu den nicht-öffentlichen Funktionen die Förderung des Nationalgefühls der polnischen Minderheiten, propagandistische Tätigkeiten und die Förderung der Aufgaben der militärischen Abwehr.

Bei der Bearbeitung seines Themas hat der Vf. auf umfangreiche archivalische Quellen, vor allem im Warschauer Hauptarchiv Neuer Akten, wo der Fonds des Außenministeriums der Zweiten Republik und die Bestände von 64 polnischen Auslandskonsulaten verwahrt werden, und im Zentralen Polnischen Militärarchiv in Rembertow mit den für die Spionagetätigkeit und -abwehr wichtigen Dokumenten der „Abteilung II des Oberkommandos der polnischen Armee“ und der „Führung der pommerschen Front“, zurückgegriffen. Ergänzenden Charakter haben die von S. ebenfalls herangezogenen Sammlungen des Sikorski-Museums in London und des Piłsudski-Instituts in New York, die den Blick auf das Auslandspolentum in England und den USA lenken.

Die in fünf Abschnitte gegliederte Publikation hat zunächst die Organisation und die Arbeitsbedingungen des polnischen Konsulatswesens in der Zwischenkriegszeit zum Gegenstand, wobei auf die Belange und Aufgaben der Warschauer Zentrale und der im Ausland befindlichen Konsulate Bezug genommen wird. Von Bedeutung war hier die 1932 erfolgte Gliederung der Konsularsektion in Emigrationsangelegenheiten und die Aufsicht über das Polentum im Ausland unter stärkerer Verknüpfung der einzelnen Konsulate mit der Landesverwaltung, die bereits in der ersten konsularischen Ordination von 1919 angesprochen worden war. Weitere berührte Fragen betreffen die Entwicklung und den Ausbau des konsularischen Netzes, politische und finanzielle Aspekte dieses Prozesses, die materielle Ausstattung der Konsulate, die Verbesserung von Kontakten zwischen den Vertretungen, die spezifische Funktion der Honorarkonsulate sowie die in den Pariser Verträgen vom November 1920 erfolgte Regelung des Konsulatswesens im Hinblick auf die Freie Stadt Danzig, die Polen zwar das Recht verlieh, gegenüber den dortigen polnischen Bürgern die gleichen Aufgaben wie gegenüber denen im Land wahrzunehmen, zugleich dem Danziger Senat aber gestattete, in die polnischen Konsulate eigene Vertreter zu entsenden. Daraus resultierte ungeachtet gelegentlicher Kompromisse ein langwieriger Streit zwischen beiden Seiten. Während der Senat unter Verweis vor allem auf die wirtschaftlichen Interessen der Freien Stadt Vertreter in neun polnischen Konsu-